



für die Liebe Leser*innen,

schon wieder ein Newsletter, werden sich einige denken. Ja, allerdings ein besonderer Newsletter anlässlich der Kommunalwahl. Wir von der IG Klima Kürten haben uns nämlich überlegt, welche Themen uns aus unserer Perspektive für die nächste Legislaturperiode wichtig sind und haben dazu Fragen formuliert. Diese Fragen haben wir an die Parteien geschickt, die zur Kommunal- und Kreistagswahl antreten. Das sind die CDU, FDP, Freie Wähler (Bürger für Bürger), die Bündnis 90/Grünen, die SPD, Volt, die Linke und die AFD. Wir haben zum großen Teil ausführliche Antworten bekommen und bedanken uns dafür. Volt gab uns den Hinweis, dass sie zwar im Kreis aber nicht im Kürtener Gemeinderat antreten. Die Linke und die AFD haben nicht geantwortet.

Leider kamen die letzten Antworten erst letzten Freitag, wir hätten gerne diesen Newsletter früher abgeschickt um die Brief- und Direktwähler zu erreichen. Wir bitten um Nachsicht.

Wir haben neun Themenbereiche abgefragt: Klimawandel, Mobilität, Bauen, Energiewende, Schutz vor Extremwetter, Sanierung der Gesamtschule, Wärmeplanung, Biodiversität, Vermüllung. Bedingt durch diese Themenvielfalt sind viele Informationen zusammengekommen die ein aufschlussreiches Bild bilden. Wem diese Fülle zu viel ist, kann natürlich gerne auswählen und filtern. Kommunalpolitik ist ein komplexes Unterfangen.

Zum Aufbau dieses Newsletters. Wir werden zu jedem Themenbereich vorab unsere Sichtweise darlegen und anschließend die Positionen der Parteien zu diesem Thema, die wir den Antworten entnehmen. Wir haben gleichzeitig auf möglichst genaue Wiedergabe der Positionen geachtet und auf eine kleinstmögliche Länge des Textes. Dennoch ist dieser Newsletter sehr lang geworden.

Einige Parteien haben nicht alle Fragen beantwortet, folglich tauchen sie bei einigen Antwortblöcken nicht auf.

Noch ein wichtiger Hinweis auf eine Korrektur zum letzten Newsletter: auf dem abgebildeten Plakat der Gemeinde Kürten befand sich bedauerlicherweise ein abgelaufener QR-Code. Dies wurde von der Gemeinde nun korrigiert, wir veröffentlichen daher noch einmal die aktuell funktionierende Plakatversion.

Wir wünschen eine interessante Lektüre und eine gute, klimaschützende Wahl.



1. Klimawandel

Die IG-Klima-Position:

Der Klimawandel schreitet voran. hat die sich Durchschnittstemperatur um weltweit um 1,5 Grad Celsius erhöht, über den Landmassen bereits um 1,7 Grad (Wir berichteten im Juni-Newsletter darüber). Somit ist es nun wenig wahrscheinlich, dass wir das 1,5 Grad-Ziel, das im Pariser Klimaabkommen benannt wurde, halten können, das Einhalten des 2 Grad Zieles ist fraglich. Die EU hat das Ziel der Klimaneutralität im Jahre 2050 festgelegt. Die Bundesregierung verfolgt das Ziel bis 2045 klimaneutral zu sein.

Wir haben die Parteien zu ihrer Haltung zum Klimawandel befragt, um eine Einschätzung gebeten, welchen Stellenwert sie dem Thema beimessen und welche konkreten Maßnahmen sie in der nächsten Legislaturperiode auf kommunaler Ebene ergreifen wollen.

Wie stehen die Parteien zum Klimawandel:

Frage: Erkennt Ihre Partei den Klimawandel grundsätzlich an?

Alle befragten Parteien erkennen den Klimawandel an. Die **CDU** bekennt sich klar dazu, dass der Klimawandel real ist, **SPD** führt aus, dass die Erwärmung hauptsächlich durch menschliche Aktivität verursacht wird. Die **Grünen** sprechen von der größten Bedrohung für uns und unsere Enkel, die **Freien Wähler BfB** sehen im Klimawandel eine entscheidende Herausforderung und eines der drängendsten Themen unserer Zeit. Die **FDP** bejaht ohne weitere Ausführung das Vorhanden Sein des Klimawandels. **Volt** spricht beim menschengemachten Klimawandel neben den Themen sozialer Gerechtigkeit, Demokratieschutz und der Stärkung Europas auch von der entscheidendsten Herausforderung unserer Zeit.

Frage: Welches sind für Ihre Partei die drängendsten Themen unserer Zeit? Gehört der Klimawandel dazu?

Hier werden unterschiedliche Tendenzen und Gewichtungen deutlich:

Die **CDU** sieht folgende Themen als drängend an: Sicherung von Freiheit, Demokratie und Rechtsstaat (innenpolitisch und international), Migration und Integration (Steuerung, Begrenzung, Anpassung der Asylverfahren), Sicherheit und Wehrfähigkeit (Stärkung der Bundeswehr, Wehrpflicht, Innere Sicherheit), Wirtschaft und Wohlstand (Entlastung der arbeitenden Mitte, Innovation), Wettbewerbsfähigkeit und schließlich Energie und Klimaschutz (nachhaltige Versorgung, Klimaneutralität), allerdings in Verbindung mit Energiepolitik, Versorgungssicherheit und Technologieoffenheit.

Für die **Grünen** ist der Klimawandel ihr wichtigstes Thema, gleichauf mit dem Erhalt der Demokratie und eines achtsamen Miteinanders, gefolgt vom klimaverträglichen Wirtschaften, Artenschutz und Eindämmung des Flächenverbrauchs.

Für die **SPD** zählt neben sozialer Gerechtigkeit, guter Bildung und ökonomischer Stabilität, klimaorientierte Nachhaltigkeit zu den zentralen Anliegen. Klimaschutz sei ein Querschnittsthema, das viele andere wichtige gesellschaftspolitische Themen bedingt.

Die **Freien Wähler BfB** und die **FDP** sehen im Klimawandel eine entscheidende Herausforderung und eines der drängendsten Themen unserer Zeit. Volt sieht neben dem Demokratieschutz und der Stärkung Europas den Klimawandel als drängendstes Problem an.

Frage: Bekennt sich Ihre Partei explizit zu den deutschen und europäischen Klimazielen?

SPD, CDU, Grüne, BfB, Volt bekennen sich zu den deutschen Klimaschutzzielen bis 2045 klimaneutral zu sein, die **FDP** strebt das Ziel der Europäischen Union 2050 an.

Frage: Wann soll Kürten klimaneutral werden?

Hier werden zum Teil deutlich unterschiedliche Zeitpunkte der Klimaneutralität benannt: die **Grünen** nennen 2035 bei 95 %-Ziele-Erreichung, die **CDU** 2035, die **FDP** 2050 und die **SPD** 2045, die **BfB** so bald wie möglich.

Frage: Welche Maßnahmen zur Erreichung der Klimaneutralität möchten die Vertreter*innen der Partei in der kommenden Legislaturperiode voranbringen?

Die **BfB** wollen das Klimaschutzkonzept fortentwickeln, klimaresistente Aufforstung, eine verbesserte Energieeffizienz öffentlicher Gebäude anstreben und die erneuerbaren Energien ausbauen.

Die **CDU** möchte keinen puren Aktionismus und individuell schauen, sie will in Vernetzung mit der Kreisbene Klimaschutzvorsorge und Katastrophenschutz betreiben. Photovoltaik und E-Auto-Ladestationen sollen bedarfsgerecht unterstützt werden, ebenso eine nachhaltige und wettbewerbsfähige Land- und Forstwirtschaft, hier wird von einer Flurbereinigung in Dürscheid, Biesfeld und Eichhof gesprochen, um bei Waldbränden handlungsfähig zu bleiben. Mehrwegsysteme wie etwa To-Go-Kaffee-Becher sollen unterstützt werden.

Die **SPD** will, dass Neubaugebiete klimaneutral geplant werden. Die Gemeinde soll nach § 6-EEG finanziell am Ertrag von Wind- und PV-Freiflächen-Anlagen beteiligt werden, Bürger-Energiegenossenschaften sollen unterstützt werden. Gemeinde-Dächer sollen für Solarstrom genutzt werden, das Ladeinfrastruktur-Konzept soll gestärkt werden. Die **SPD** strebt an, dass Balkonsolaranlagen gefördert werden. Der ÖPNV soll dreigliedrig und vernetzt aus- und umgebaut werden: Linienverkehr, Linienbedarfsverkehr und Bürgerbus/autonomes Fahren.

Die **Grünen** weisen auf Einsparungen durch eine von ihnen angestoßene neue Straßenbeleuchtung hin, sie wollen PV auf sanierten kommunalen Gebäuden, die Integration von Speichertechnik, den Bau von Biogasanlagen, den Start in die Windkraftnutzung, gerne zugunsten der Gemeindekasse und eine zügige Umsetzung der kommunalen Wärmeplanung.

Die **FDP** will die Rahmenbedingungen so gestalten, dass private, gewerbliche und kommunale Akteure möglichst einfach in erneuerbare Energien und effiziente Technologien investieren können. Auf Dächern und Parkplätzen sollen Flächen für PV bereitgestellt werden.

Die **BfB** setzt auf Weiterentwicklung des Klimaschutzkonzepts, klimaresistente Aufforstung, bessere Energieeffizienz öffentlicher Gebäude und den Ausbau erneuerbarer

Energien - realistisch, bezahlbar und bürgerfreundlich. Sie sind davon überzeugt, dass Klima- und Umweltschutz schon auf Gemeindeebene angegangen werden muss.

2. Mobilität

Die IG-Klima-Position:

Die Mobilitätswende ist ein wichtiges Instrument zur Erreichung der CO₂-Ziele. Hierbei muss auch auf dem Lande ein Maßnahmenbündel umgesetzt werden, da ein Großteil der Mobilität immer noch mit Fahrzeugen mit Verbrennungsmotor zurückgelegt wird. Wir brauchen eine Infrastruktur die es ermöglicht uns sicher zu Fuß und mit dem (elektrischen) Rad zu bewegen. Zudem muss der ÖPNV noch weiter gestärkt und ausgebaut werden. Da wo ein Auto notwendig ist, muss dieses elektrisch angetrieben sein. Wasserstoff und E-Fuels scheiden aus unserer Sicht wegen einer dramatisch niedrigeren Effizienz aus.

Frage: Welche Rolle spielt für die Parteien das Thema Mobilität im Transformationsprozess zur Klimaneutralität?

Für die **BfB** ist Mobilität in Kürten zentral für den Klimaschutz und für die Lebensqualität. Der Ausbau sicherer Radwege wird gefordert und eine bessere Anbindung an Köln durch einen optimierten ÖPNV ein. In der ländlichen Kommune Kürten wird der Individualverkehr im Blick behalten, das bedeutet mehr Sicherheit und verbesserten Schutz an Kreuzungen, z. B. durch Kreisverkehre die den Verkehrsfluss verbessern.

Die **Grünen** sehen Kürten als Auspendlergemeinde und daher das Thema Mobilität als sehr wichtig an. Sie wollen einen besseren Ausbau und Vernetzung des ÖPNV mit verbesserter Taktung, Bushaltestellen sollen attraktiver werden, mehr E-Auto-Ladeinfrastruktur und den durchgehenden Ausbau von Radwegen.

Die **SPD** sieht in der Mobilität einen entscheidenden Hebel zur CO₂-Reduktion und möchte klimafreundliche Alternativen zur PKW-Nutzung ausbauen.

Für die **CDU** spielt die Mobilität auf dem Weg zur Klimaneutralität eine unterstützende Rolle. Sie will nicht über Verbote oder einseitige Vorgaben steuern sondern technologieoffen bleiben. Das bedeutet: kein Festhalten an E-Mobilität, Wasserstoff, E-Fuels und moderne Verbrennungsmotoren sollen Teil der Lösung sein. Ladeinfrastruktur, Wasserstofftankstellen und das Schienennetz sollen ausgebaut werden. Mobilität soll im Zusammenhang mit anderen Sektoren wie Energie, Industrie und Gebäude gedacht werden.

Die **FDP** sieht ebenfalls die Mobilität als einen zentralen Hebel der CO₂-Reduktion und will eine größere Mobilitätsvielfalt mit besserer ÖPNV-Anbindung, einer Anbindung von Kürten nach Bensberg mit der Linie 454 und einem P&R-Parkplatz in Spitze und Rad- und Fußwegen.

Volt, die nur auf Kreisebene antritt, will ÖPNV-Vernetzung und Verbesserung, On-Demand-Verkehre, den Ausbau von Fuß- und Radwegen, kommunale Leihsysteme für E-Bikes, E-Auto-Ladestationen und Car-Sharing.

Kürten fehlt es an Radwegen. Problematisch ist auch die unterschiedliche Zuständigkeit verschiedener Behörden (Kreis, Straßen NRW, Gemeinde).

Frage: Welche konkreten Radwege-Projekte möchten die Parteien voranbringen? Wie möchten sie dies tun?

Die **CDU** sieht aufgrund der verschiedenen Zuständigkeiten von Kreis- und Landesbehörden eine frühzeitige und umfassende Koordination der zu

planenden Maßnahmen sowie ein ganzheitliches Konzept als wichtig an. Separate Radwege sind aus Platzgründen (Vorgaben durch Richtlinien) nicht immer möglich, hier sollen Radschutzstreifen angedacht werden. Hierbei sollen die Belange der jeweiligen Verkehrsteilnehmer berücksichtigt werden. Ganz konkrete Maßnahmen können zum aktuellen Zeitpunkt nicht benannt werden, hier wird auf die Zusammensetzung des Rates hingewiesen.

Die **SPD** setzt sich aktiv für Maßnahmen zur Verbesserung der Radinfrastruktur ein, konkret der schnellstmögliche Bau des Radwegs Spitze-Dürscheid-Biesfeld.

Die **Grünen** wollen einen sinnvollen durchgehenden Ausbau entlang Hauptverkehrsstrecken (B 506, L 286). Radfahrende sollen als Pendler gleichberechtigt werden. Die Zusammenarbeit mit Straßen-NRW wird als problematisch erlebt.

Die **BfB** befürworten ein umfassendes Radwegekonzept für Kürten. Nachdem die Berücksichtigung der Radfahrenden bei der Sanierung der L286 zwischen Eichhof und Waldmühle von den BfB angestoßen wurde, wollen sie im Hinblick auf die Schulen eine Lösung für den Abschnitt Waldmühle - Kürten erreichen. Auch die BfB sieht die Problematik bei Straßen NRW.

Die IG-Klima-Position:

Kürten ist teilweise keine fußgängerfreundliche Gemeinde, es fehlen Fußwege oder sie sind an neuralgischen Punkte unbeleuchtet.

Frage: Was möchten die Vertreter*innen der Partei unternehmen, um zu Fuß gehen sicherer und attraktiver zu machen?

Die **SPD** unterstützt gezielte Maßnahmen zur Verbesserung des Fußverkehrs, kürzlich z.B. im „Antrag Sicherstellung der barrierefreien Nutzung von Lichtzeichenanlagen im Gemeindegebiet Kürten für Menschen mit Sehbehinderung“ oder durch Unterstützung des Antrags zur Errichtung von Straßenlaternen zwischen Dürscheid und Keller.

Die **Grünen** wollen Bedarfe von Bürger*innen lokalisieren und auf die Tagesordnung bringen und Missstände zügig beheben. Zudem soll das großartige Netz an Wanderwegen gepflegt werden.

Die **BfB** will im Zuge der Erneuerung der Straßenbeleuchtung Lücken prüfen und ergänzen und wünscht sich Hinweise und Mithilfe der Bürger*innen.

Die **FDP** will perspektivisch Gehweg-Lücken schließen und die ausreichende Beleuchtung von Fußwegen sicherstellen.

Die **CDU** erwähnt mögliche Maßnahmen des Baues von Fußwegen an Straßen die potentiell viel genutzt werden, sowie die Errichtung von mehr Straßenlaternen. Die zukünftige CDU-Fraktion will Ausgestaltung und Umsetzung prüfen.

Die IG-Klima-Position:

Die Mobilitätswende erfordert eine größere Vielfalt an Verkehrsmitteln, also die Schaffung von Alternativen zum Auto.

Frage: Wie möchten die Parteien den Umstieg auf klimafreundliche Verkehrsmittel (zu Fuß, Bus, Rad, elektrische Zweiräder, E-Auto) konkret in den nächsten 5 Jahren vorantreiben?

Die **Grünen** weisen hier auf private Einzelentscheidungen hin. Ansonsten wird auf den Ausbau des ÖPNV-Linien- und Wegenetz hingewiesen, die Infrastruktur soll

attraktiver werden (saubere Bushaltestellen mit Überdachung) und mehr

Ladeinfrastruktur für E-Autos und E-Bikes. Die **Grünen** befürworten das Deutschland-Ticket.

Die **BfB** möchte daran arbeiten, dass die Bürger*innen die Vorteile der Dekarbonisierung erleben. Zudem soll die Lebensqualität und Sicherheit verbessert werden, z. B. durch Tempo 30 innerörtlich.

Die **FDP** setzt sich für eine Erweiterung der Linie 454 nach Kürten zur direkten Anbindung an Bensberg, ergänzt von dem P&R-Parkplatz in Spitze.

Die **CDU** weist darauf hin, dass viele Menschen auf das Auto angewiesen sind und möchte eine gute Anbindung an den Bus. Die CDU unterstützt alle Maßnahmen, die den Bus nutzerfreundlicher machen. E-Ladestationen und Photovoltaik sollen eingerichtet werden. Mobilstationen sollen, soweit sie angenommen werden, ausgebaut werden.

Die **SPD** will kommunale Partnerschaften für Carsharing, Mobilstationen und E-Ladeinfrastruktur aufbauen. Zudem soll ein 3-gliedriges ÖPNV-Netz, bestehend aus Linienverkehr, Linienbedarfsverkehr und Bürgerbus/autonomes Fahren, geschaffen werden. Dieses soll ausgebaut und optimiert werden, auch im Hinblick auf die Anbindung an die S-Bahn.

Die IG-Klima-Position:

Dort wo in Kürten nicht auf das Auto verzichtet werden kann, ist der Umstieg auf das E-Auto unerlässlich um den Verkehr zu dekarbonisieren. Es fahren aber überwiegend noch Fahrzeuge mit Verbrennungsmotor durch unsere Ortschaften.

Frage: Wie steht Ihre Partei zur E-Mobilität?

Die **BfB** sehen in der Dekarbonisierung des Individualverkehrs einen wichtigen Aspekt zum Klimaschutz und sie wollen den Bürger*innen die Vorteile erlebbar machen.

Die **FDP** sieht in der E-Mobilität einen wichtigen Baustein für klimafreundlichen Verkehr.

Die **CDU** unterstützt zwar den Ausbau der E-Mobilität, will aber nicht alles auf eine Karte setzen sondern auf ein Sowohl-als-Auch aus Elektromobilität, Wasserstoff und klimaneutralen Kraftstoffen.

Die **SPD** betrachtet E-Mobilität als den richtigen Weg zur Dekarbonisierung und unterstützt die Umsetzung des Konzepts zur Ladeinfrastruktur im Rheinisch-Bergischen Kreis.

Die **Grünen** sehen E-Mobilität für den Pendler- und Einkaufsverkehr als ideal und technisch ausgereift an, die Ladeinfrastruktur für Nicht-Wallbox-Besitzer lasse aber noch zu wünschen übrig.

Frage: Hat Ihre Partei konkrete Pläne um die Bürger*innen zu diesem Umstieg zu ermutigen? Welche sind das?

Für die **FDP** entscheidend ist, dass die Rahmenbedingungen stimmen: eine flächendeckende, zuverlässige Ladeinfrastruktur, einfache Abrechnungssysteme und faire Strompreise. So können sich Bürger*innen und Bürger aus eigener Überzeugung und nach ihren individuellen Bedürfnissen für klimafreundliche Mobilität (E-Auto, E-Bike oder ein anderes Verkehrsmittel) entscheiden.

Die **CDU** will eine flächendeckende Infrastruktur von Lade- und Wasserstofftankstellen und vereinfachte Genehmigungen. Anreize statt Verbote und Technologieoffenheit (E-Auto, Wasserstoff, E-Fuels, Hybride). Die Ausgestaltung in Kürten ist Aufgabe der zukünftigen CDU-Fraktion.

Die **SPD** setzt sich für die Schaffung der notwendigen Ladeinfrastruktur ein, um Anreize für den Umstieg zu schaffen.

Die **Grünen** wollen gutes Vorbild sein und zeigen, dass es funktioniert und sogar Spaß macht. Vor Allem in kleinen Orten soll die Ladeinfrastruktur ausgebaut werden, auch als Förderung des Naherholungstourismus.

3. Bauen

Die IG-Klima-Position:

In den letzten Jahren wurden viele Baugebiete erschlossen und bebaut, was zu einem hohen Landschaftsverbrauch geführt hat. Dazu das Bundesumweltministerium: "Die Reduzierung des Flächenverbrauchs ist ein zentrales umweltpolitisches Anliegen. Fläche ist eine begrenzte Ressource. Flächenverbrauch ist mit erheblichen negativen Folgen für die Umwelt verbunden. Dies umfasst den Verlust von Naturräumen, den Verlust von Klimaschutzleistungen (CO₂-Senken), Verlust von Optionen für die Klimaanpassung, insbesondere für die Hochwasser- und Starkregenvorsorge, und nicht zuletzt den Verlust wertvoller Ackerflächen. Das bedeutet, dass der Mensch mit der Ressource Fläche sparsam umgehen muss, um ihre ökologischen Schutzfunktionen angesichts vielfältiger wirtschaftlicher und sozialer Nutzungsansprüche an den Raum im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung zu erhalten.

Positionen der Parteien zum Thema nachhaltiges Bauen:

Frage: Erkennt Ihre Partei explizit nachhaltiges Bauen als wichtigen Schlüsselfaktor für Klima- und Umweltschutz und bezahlbares Wohnen an?

Die **CDU** hat in ihrem Grundsatzprogramm 2024 nachhaltiges Bauen sowohl als Klimaschutzmaßnahme als auch als sozialpolitisches Instrument beschrieben um Wohnen bezahlbar zu machen.

Die **SPD** sieht im nachhaltigen Bauen nicht nur einen Schlüsselfaktor für Klima- und Umweltschutz, sondern wegen der hohen Energieeffizienz langfristig auch für bezahlbares Wohnen.

Die **Grünen** bejahen die Frage und weisen auf eine Kärntener Firma hin, die Niedrigenergiehäuser erfolgreich vermarktet.

Für die **BfB** ist nachhaltiges Bauen wichtig.

Bei der **FDP** sind Energieeffizienz, klimafreundliche Materialien und zirkuläres Bauen wichtig. Sie wollen Anreize setzen anstatt neuer Vorschriften. Bezahlbarer Wohnraum entsteht dann, wenn auf entsprechende Nachfrage kein verknapptes Angebot trifft. Die FDP setzt sich dafür ein, das Schaffen von Wohnraum zu erleichtern durch Ausweisen von Flächen und den Abbau von Hürden.

Für **Volt** ist nachhaltiges Bauen ein Schlüsselfaktor.

Frage: Wie steht Ihre Partei grundsätzlich zum Flächen- und Bodenverbrauch im Gemeindegebiet?

Die **CDU** sieht im Kreis einen Bedarf von mehr als 1200 Wohnungen (PestelInstitut). Das kann nicht ohne Verbrauch zusätzlicher Flächen funktionieren. Nachverdichtung in Ortslagen und Randbebauung habe eindeutig Priorität.

Die **SPD** will Baulücken schließen und kleinere sinnvolle Erweiterungen am Ortsrand anstreben.

Die **Grünen** wollen ein Flächenrecycling, Binnenverdichtung und den Erhalt des Landschaftsbildes. Baugebiete wie „Auf der Brache“, Bebauung der sogenannten Buchholz-Wiesen und großflächige Areale werden abgelehnt.

Die **BfB** wollen Innenentwicklung und den Erhalt von Grünflächen statt weiterer Flächenversiegelung. Sie wollen keinen Flächenverbrauch durch Ausweitung der Ortslagen. Die **BfB** lehnen eine Bebauung wie „Auf der Brache“ ab.

Der Grundsatz der **FDP** lautet „Innenentwicklung vor Außenentwicklung“. Neue Flächen außerhalb bestehender Ortslagen sollen bebaut werden, wenn es städtebaulich sinnvoll ist.

Volt will Innenentwicklung um Landschaftsverbrauch zu begrenzen, Neubauten sollen strenge Energie- und Dämmstandards erfüllen. Der soziale Wohnungsbau soll durch kommunale Grundstücksvergabe gestärkt werden.

Die IG-Klima-Position:

*Bauen ist auch ein Thema im Hinblick auf die soziale Gerechtigkeit. Auch in Kärnten gibt es finanziell benachteiligte Bürger*innen. Diese drohen zunehmend abgehängt zu werden.*

Frage: Welche konkreten Maßnahmen wollen Sie im Hinblick auf sozialen Wohnungsbau ergreifen?

Hierzu die **CDU**: es sollen Wohnkonzepte entwickelt, Baulücken in den Ortschaften geschlossen und neue Wohngebiete ermöglicht werden, jedoch immer mit Rücksicht auf

die schöne Landschaft. Die CDU setzt sich dafür ein, in Kürten Wohnraum für alle, die hier wohnen wollen, zu schaffen. Dabei soll es mehr barrierefreie Wohnungen mit guter Anbindung an die Infrastruktur geben.

Die **SPD** sieht einen Schlüssel in der Zusammenarbeit mit Nachbargemeinden und den Wohnbaugenossenschaften. Der Bau von Sozialwohnungen „Am Wiedenhof“ wird unterstützt.

Die **Grünen** beantragen bei der Erstellung von B-Plänen regelmäßig Quoten für den sozialen Wohnungsbau und stimmen RBS-Bauvorhaben (Rheinisch-Bergische Siedlungsgesellschaft) regelmäßig zu.

Die **BfB** sehen sozial gerechten Wohnungsbau als dringend erforderlich, die Gemeinde könne die Aufgabe aber nicht alleine erfüllen, bzw. sei an der RBS beteiligt. Die Beteiligung von privaten Investoren sei erforderlich.

4. Energiewende

Die IG-Klima-Position:

Die Energiewende ist ein zentraler Baustein zur Erreichung der Klimaneutralität. Zudem profitieren Bürger und Gemeinden finanziell von selbsterzeugter Energie. Kürten hat noch wenig eigene Energieerzeugungsanlagen. Einige Privatleute und wenige Gewerbetreibende haben Photovoltaik-Anlagen installiert, auf Liegenschaften der Gemeinde sind bislang kaum PV-Anlagen zu finden. Es bestehen große ungenutzte Potentiale für Dach-, Freiflächen- und Agri-Photovoltaik. Leider gibt es zudem Widerstände in Form regulatorischer Hürden.

Wie die Parteien die Energiewende sehen:

Frage: Welche Rolle spielt das Thema Energiewende für Sie im Transformationsprozess zur Klimaneutralität?

Die **SPD** stellt fest, dass ohne Energiewende die Klimaneutralität nicht erreicht werden kann. Es wird eine kommunale Beteiligung nach dem § 6 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) angestrebt, wonach Anlagenbetreiber von Wind- und PV-

Freiflächenanlagen die Gemeinde finanziell beteiligen müssen. Einnahmen für die Gemeinde sollen durch direkte oder indirekte Beteiligungen an den Betreiberesellschaften generiert werden. Bürgerenergiegenossenschaften die in Solar- und Windenergie investieren sollen unterstützt werden und auf Gemeindedächern verstärkt Solarstrom genutzt werden, gemeinsam mit der Bürger-Energie-Bergisch-Gladbach eG (BEGG).

Die **Grünen** sehen das Thema Energiewende als zentral für das Überleben der Menschheit an.

Dem stimmen auch die **BfB** zu. Sie wollen Photovoltaik auf kommunalen Flächen fördern. Zudem soll die kommunale Wärmeplanung intensiv betrieben werden. Freiflächen- und Agri-PV soll ermöglicht werden, Hürden dafür abgebaut werden. Ziel ist eine dezentrale

ökologische Energieversorgung von der die Bürger*innen profitieren. Der Ausbau erneuerbarer Energien soll sinnvoll und bezahlbar geschehen. Unter ökologischen Voraussetzung soll auch die Wasserkraft wieder stärker genutzt werden.

Die **FDP** sieht die Energiewende auch als zentral an, setzt auf Erneuerbare und auch flexible Netze und Speicher.

Volt befürwortet eine PV-Pflicht für Neubauten und kommunale Gebäude. Dach-, Fassaden- und Freiflächenpotentiale sollen konsequent genutzt werden, regulatorische Hürden abgebaut und Bürgerenergieprojekte gefördert werden.

CDU: Wie im Grundsatzprogramm 2024 beschrieben betrachtet die CDU die Energiewende als Schlüsselhebel zur Klimaneutralität, will sie aber wirtschaftsfreundlich, versorgungssicher und technologieoffen gestalten.

Frage: Wie möchten Sie als Vertreter*innen der Partei die Energiewende auf Liegenschaften der Gemeinde Kürten vorantreiben und Lösungen suchen für den Umgang mit regulatorischen Herausforderungen?
age: Wie möchten Sie als Vertreter*innen der Partei die Energiewende auf Liegenschaften der Gemeinde Kürten vorantreiben und Lösungen suchen für den Umgang mit regulatorischen Herausforderungen?

Auf Antrag der **Grünen** hin, wurden die gemeindeeigenen Dächer auf ihre Eignung für PV-Anlagen überprüft. Für geeignete und sanierte Dächer sollen PV-Anlagen beantragt werden. Die Grundschule in Biesfeld wurde als geeignet ausgesucht.

Bei Liegenschaften, in denen kein großer Strombedarf anfällt (z.B. Feuerwehrgerätehäuser), ist eine Lösung mit einer Bürgerenergiegenossenschaft auf der Basis von Kompletteinspeisung sinnvoll. Anträge von Bürgerinnen und Bürgern zu B-Plan-Änderungen zugunsten von Flächen-PV müssen im Einzelfall entschieden werden. Agri-PV, d.h. PV bei gleichzeitiger landwirtschaftlicher Nutzung einer Fläche, ist aus Sicht der Grünen jederzeit möglich.

Die **BfB** setzt sich für Photovoltaik auf kommunalen Flächen ein.

Die **FDP** möchte, wo es sinnvoll und effektiv ist, gemeindeeigene Dächer mit PV ausstatten. Auch die „Überdachung“ von Parkplätzen ist eine sinnvolle Maßnahme, um mehr Solarstrom zu erzeugen.

Die **CDU** merkt an, dass die Gemeinde Planungshoheit über die Flächen hat. Daher soll versucht werden Maßnahmen, die die Klimawende unterstützen, durch

eben diese Planungshoheit zu unterstützen, um so vor allem privaten Projekten

"Rückenwind" zu geben. Die Umsetzbarkeit zu prüfen und auszugestalten sei Aufgabe der zukünftigen CDU-Fraktion.

Die **SPD** weist auf die regulatorischen Rahmenbedingungen hin, die politische Entscheidungen mitprägen. Hier wird noch einmal auf kommunale Beteiligung, Beteiligung der Gemeinde an den Gewinnen, Unterstützung von Energie-genossenschaften, Nutzung von Gemeindedächern mit der BEGGL verwiesen.

Frage: Wie möchten Sie die Bürger*innen und Unternehmen ermutigen, die Energiewende in Kürten mitzugestalten?

Die **BfB** sehen als Ziel, Freiflächen- und Agri-PV zu unterstützen und bürokratische Hemmnisse für die Einwohnenden und Unternehmen in Kürten, für eine dezentrale, ökologische Energieversorgung abzubauen. Sie wollen eine Energiewende, von der auch die Bürger profitieren und die ihre Belange berücksichtigt, z.B. durch Förderung von dezentraler Energiegewinnung mit intelligentem Energiemanagement zu Gunsten aller Bürger.

Die **CDU** meint, Mitmachen ist leichter, wenn es klar, günstig, einfach und sichtbar erfolgreich ist. Lokale Vorbilder und gemeinschaftliche Projekte seien dabei hilfreich. Transparente Information und Beratung, finanzielle Anreize, das Schaffen von Beteiligungsmöglichkeiten, sichtbare Erfolge und Wertschätzung, alltagstaugliche Umsetzung und planungsrechtliche Unterstützung seien wichtige Aspekte.

Die **SPD** will durch dezentrale Infoveranstaltungen in verschiedenen Ortslagen, Beratungsangebote und die Förderung lokaler Initiativen (z. B. Bürgerenergiegenossenschaften) Beteiligung und Eigenengagement unterstützen. Als Beispiel hat die SPD Kürten beispielsweise einen Infoabend zu Balkonsolaranlagen mit mehr als 60 Teilnehmenden durchgeführt.

Die **Grünen** sehen die Beantragung von Infoveranstaltungen durch die Verwaltung als hilfreich an.

5. Schutz vor Extremwetter (Hochwasser, Dürren, Hitzewellen)

Die IG-Klima-Position:

*In Folge des Klimawandels können Ereignisse wie das Hochwasser von 2021 nicht mehr als „Jahrhundertereignis“ bezeichnet werden. Es ist zu erwarten, dass wir häufiger mit solchen Extremen konfrontiert werden, die das Hab und Gut unserer Mitbürger*innen bedrohen.*

Wie stehen die Parteien zur Klimaresilienz?

Frage: Welches sind Partei die wichtigsten Themen für die Klimaresilienz unserer Gemeinde?

Die **FDP** will Retentionsräume für die Sülz erhalten.

Für **Volt** ist Klimaanpassung Pflichtaufgabe: Entsiegelung, Wiederherstellung von Retentionsflächen, ortsteilbezogene Hochwasserschutzkonzepte. Zum Hitzeschutz sollen Trinkwasserstellen, Schattenplätze und Kühlräume geschaffen werden.

Für die **CDU** sind die wichtigsten Themen für die Klimaresilienz unserer Gemeinde die Energieversorgung, z.B. durch Photovoltaik-Anlagen auf öffentlichen Gebäuden, Infrastruktur und Katastrophenschutz, z.B. Rückhaltebecken und Stärkung der Feuerwehr sowie des Katastrophenschutzes. Weiter die Landwirtschaft und Ernährungssicherheit, z.B. die wirtschaftliche Tragfähigkeit von landwirtschaftlichen Betrieben. Die Innovation

und Digitalisierung, z.B. Nutzung digitaler Frühwarnsysteme (Warn-Apps, Sirenen) für Starkregen/Hitzewellen sowie eine überregionale Zusammenarbeit, z.B. Austausch von Erfahrungen im Katastrophenschutz sind wichtig. Zuletzt soll die Bevölkerung sensibilisiert werden.

Die **SPD** fokussiert auf Hochwasserprävention, Entsiegelung, Regenwasser-management, Grundwasser- und Hitzevorsorge, um Klimafolgen zu minimieren.

Grüne sehen den Hochwasser- und Hitzeschutz als die wichtigsten Themen, Trinkwasserknappheit noch nicht.

Für die BfB ist Klimaresilienz wichtig durch Förderung klimaresistenter Wälder und den Erhalt von Retentionsflächen. Die Bebauung auf Überschwemmungsflächen wird abgelehnt. Das Entsiegelungskonzept für Kürten wird aufmerksam begleitet und unterstützt. Als Beispiel nennen die BfB den bisher bei der Planung des neuen REWE-Marktes zu wenig berücksichtigten Hochwasser- und Biodiversitätsschutz.

Frage: Welche Maßnahmen möchte Ihre Partei in die politischen Gremien einbringen?

Aus den bei der vorigen Frage genannten Themenbereichen wird die **CDU** in der neuen Fraktion Maßnahmen und Themenbereiche und auf ihre Umsetzbarkeit überprüfen.

Die **SPD** hat sich wiederholt für die Erstellung eines Hochwasserschutzkonzeptes und die Verbesserung der Kommunikation zwischen Gemeinde und Betroffenen eingesetzt. Sie will wirksame Maßnahmen entlang gefährdeter Bachläufe - beispielsweise Weyerbach und Dürschbach - ergreifen, in enger Zusammenarbeit mit den zuständigen Behörden, den Anwohner*Innen sowie unabhängigen Fachleuten.

Die **Grünen** sehen den Hochwasserschutz beim Aggerverband (Bau von Regenrückhaltebecken), an dessen Verbandsversammlungen die Gemeinde teilnimmt, als wichtig an. Weitere Bausteine sind die Information der Bürger*innen

zum Eigenschutz durch die Verwaltung (Klimafolgenanpassungsmanagerin), Hitzeschutz durch Anträge zur Berücksichtigung von Begrünung und Beschattung und

Einrichtung von Trinkwasserbrunnen an öffentlichen Gebäuden wie z.B. an der

Gesamtschule und der neu zu gestaltenden Achse Schule - Rathaus (Stichwort

Aufenthaltsqualität). Bei jedem Bauvorhaben werden Themen wie geringst mögliche Flächenversiegelung, Dach- und Fassadenbegrünung, Abpflanzungen und Ausgleichspflanzungen eingebracht.

Frage: Setzt sich Ihre Partei bereits mit dem Thema Hitzeschutz für die Bevölkerung bei Extremwetterereignissen auseinander?

Die **CDU** beschäftigt sich nach eigenen Aussagen aktiv mit dem Thema Hitzeschutz für die Bevölkerung auseinander.

Die SPD ist sich bewusst, dass das Hitzeschutzkonzept aus verschiedenen Maßnahmen gebildet werden muss. Deshalb hat die SPD im Klima-, Umwelt und Zukunftsausschuss die Erstellung eines Starkregenvorsorgekonzeptes, die Neupflanzung und Standortoptimierung von Bäumen, die Erstellung eines Entsiegelungskonzeptes unterstützt.

Die **Grünen** verweisen auf die Antworten in der vorherigen Frage.

Die **BfB** haben auch zuvor ihre Sicht dargelegt.

Die IG-Klima-Position:

Die weitere Bebauung der Sülzaue vermindert die Anzahl der Retentionsflächen und kann zu einer Verschärfung der Bedrohungssituation bei Hochwasser führen. Zudem verhindert eine weitere Flächen-Versiegelung eine effiziente Regenwasser-Versickerung und fördert das Absinken des Grundwasserspiegels. In einigen Städten und Gemeinden werden aus diesem Grund bereits aufwändige Entsiegelungsprojekte durchgeführt, sie verfolgen damit eine deutlich entgegengesetzte Strategie beim Hoch- und Grundwasserschutz.

Frage: Welche Position vertreten Sie zu diesen Punkten? Welche Initiativen möchte Ihre Partei voranbringen, um einer weiteren Bebauung wertvoller Retentionsflächen entgegenzutreten?

Die **CDU** will insbesondere in den Tallagen mit kleinen Flussläufen und Bächen in Zukunft noch genauer abwägen, ob eine Bebauung in diesen eventuell

problematischen Lagen erforderlich ist, oder ob es besser geeignete Flächen

gibt. In jedem Fall muss verhindert werden, dass wichtige Retentionsflächen

und Volumen ersatzlos verloren gehen. Nach Ansicht der CDU zeigt der neue geplante REWE-Markt in Kürten, dass man Retentionsvolumen auch beim Bau neuer Gebäude schaffen kann.

Bei der anstehenden Bebauung der Sülzaue hat sich die SPD für Maßnahmen eingesetzt, die die Funktionalität der Sülzaue als Retentionsfläche erhalten. Der Wegfall wertvoller Retentionsflächen wird abgelehnt.

Nach Ansicht der Grünen besteht durch die Sülzüberleitung im Bereich Kürten-Ort

nahezu keine Hochwassergefahr durch die Sülz. Das bestehende Gewerbe soll in Kürten gehalten werden. Auch bei der Nahversorgung musste abgewogen werden. Es wird darüber hinaus keine Zustimmung für weitere Bauvorhaben in der Sülzaue geben.

Probleme haben bisher im Wesentlichen der Ahlenbach in Kürten und der Weyerbach/Miebach in Dürscheid gemacht. Für mögliche Maßnahmen sind die Gutachten abzuwarten. Dieser Prozess muss beschleunigt werden. Große Flächen werden, wo möglich, bei Sanierung teil entsiegelt, z.B. der neue Gesamtschulhof durch weitere Baumpflanzungen und eine Woche später andersartige Pflasterung.

6. Sanierung der Gesamtschule Kürten

Die IG-Klima-Position:

Die Sanierung der Gesamtschule ist aus Sicht des Wärmeschutzes unzureichend. Auch die geplante Heizungsanlage (erdgasbetriebenes Blockheizkraftwerk!) spricht nicht für eine optimale klimafreundliche Lösung. Zudem sind steigende Erdgaskosten,

insbesondere durch das Inkrafttreten von ETS2 (ab 2027 greift der Emissionshandel auch für Gebäude und Verkehr), zu befürchten, was für die Gemeinde Kürten zu einer erheblichen finanziellen Belastung in den kommenden Jahren führen könnte.

Welche Positionen haben die Parteien zu den Sanierungsmaßnahmen und -plänen?

Frage: Welche Maßnahmen zur Verbesserung des Wärmeschutzes möchten Sie voranbringen?

Laut **SPD** erfolgt die Sanierung der Gesamtschule nach den aktuellen Bauverordnungen, die einen hohen Wärmeschutz vorsehen, der eine erhebliche Verbesserung im Vergleich zum Ist-Zustand darstellen wird.

Für die **Grünen** ist es das Wichtigste, dass das Projekt weitergeht. Sie werden versuchen, eine Umplanung zu erwirken, aber nur wenn hierdurch das Gesamtprojekt nicht gefährdet wird, weil Mehrkosten zur Ablehnung durch projektkritische Parteien führen.

Die **BfB** setzen sich weiterhin für eine klimafreundliche Modellsanierung der Gesamtschule ein, die den CO₂-Ausstoß massiv senken und das Gebäude zukunftsfähig machen soll. Aktuell sei ein erdgasbetriebenes Blockheizkraftwerk (BHKW) als Teil der energetischen Modernisierung geplant. Die BfB sehen keine kurzfristig praktikable Alternative, werden aber weiterhin Fördermöglichkeiten, technische Optionen und Kostenentwicklungen prüfen lassen. Dabei achten sie auf maximale Energieeffizienz und langfristige Wirtschaftlichkeit.

Nach Ansicht der CDU stellt die klimafreundliche Sanierung der Gesamtschule die Gemeinde vor die größte Herausforderung seit Bestehen der Gemeinde. Die Kosten sind schon weit über die ursprünglichen Ansätze gestiegen, u.a. weil es besonders

klimafreundlich werden soll. Dass der Wärmeschutz unzureichend sein soll kann daher bezweifelt werden.

Frage: Wird Ihre Partei den Impuls setzen für den Umstieg auf eine klimafreundliche Heizanlage (Großwärmepumpe, Nahwärmenetz)?

Die **Grünen** sehen die geplante Heizungsanlage als Übergangslösung an. Der Impuls wird sein, jetzt Freiflächen und Wege mit einzuplanen und den wohl zehnjährigen Weg der Planung und eines Genehmigungsverfahrens einer Flusswasserwärmepumpe einzuschlagen. Das Nahwärmenetz Schule wird erneuert.

BfB: siehe Antwort zur vorigen Frage.

Aus Sicht der **CDU** entwickelt sich die Technik, insbesondere die Heizungs- und Wärmepumpentechnik weiter. Sollte sich eine machbare und bezahlbare Chance ergeben diese Technik in der Gesamtschule oder an anderen gemeindeeigenen Gebäuden zu verwenden, wird dies geprüft und unterstützt.

Die **SPD** meint, dass aus heutiger Sicht die Entscheidung (Blockheizkraftwerk, Pufferspeicher und Gaskessel als Spitzenkessel) nicht nachhaltig erscheinen mag. Trotzdem ist die vorgesehene Lösung im hohen Maße energieeffizient. Zudem wäre eine Planungsänderung in einem derart komplexen Großprojekt nur mit großem Schaden (Kosten/ Zeit) durchführbar.

Frage: Sieht Ihre Partei die Problematik einer Heizkostenexplosion?

Die **CDU** erwartet durch die geplante klimafreundliche Sanierung der Gesamtschule eine Senkung des Energieverbrauchs. Daher befürchtet die CDU keine Heizkostenexplosion, sondern eher eine Baukostenexplosion.

Die **SPD** sieht steigende Heizkosten für fossile Energietoffe als wahrscheinlich an. Zum einen ist jedoch zu beachten, dass die neue energieeffiziente Anlage einen Teil der steigenden Heizkosten kompensiert und zum anderen die Heiz- und Investitionskosten für die Gesamtbetrachtung entscheidend sind.

Die **Grünen** sehen die Problematik einer Heizkostenexplosion, insbesondere im Hinblick auf den Ukraine-Krieg und den Fracking-Verträgen? Die Grünen wollen sich auf mittelfristige Lösungen und nicht auf teure Schnellschüsse konzentrieren.

Die **BfB** achten auf Wirtschaftlichkeit und maximale Energieeffizienz.

7. Wärmeversorgung

Die IG-Klima-Position:

Kürten hat lobenswerterweise frühzeitig eine kommunale Wärmeplanung erstellt. Deren Ergebnisse liegen vor. Das Gutachten empfiehlt für den überwiegenden Großteil der Gebäude Wärmepumpen. Andererseits ist absehbar, dass das Gasnetz mittel- bis langfristig abgeschaltet werden wird. Wasserstoff wird als wenig realistisch eingeschätzt, da es eine geringere Energiedichte hat als Erdgas und den Einbau vieler neuer H2Ready-Gasheizungen benötigt. Es besteht also Handlungsbedarf in den Heizungskellern.

Was haben die Parteien im Hinblick auf das Thema Wärmeversorgung vor:

Frage: Wie positionieren Sie sich zu den Empfehlungen aus dem Gutachten?

Volt unterstützt die Empfehlungen des kommunalen Wärmeplans. Neben Bundesförderungen wollen sie lokale Anreize setzen und Beratungsangebote ausbauen.

Laut CDU hat das Gutachten auch erklärt, dass Kürten ein sehr neues Gasnetz hat, welches technisch in der Lage ist, schrittweise den Wasserstoffgehalt zu

erhöhen. Daher ist es nicht zwingend oder absehbar, ob der Versorger das Gasnetz abschalten oder umrüsten wird. Durch die Nähe zum H2 Kernnetz sieht die CDU einen weiteren Vorteil, der in diese Richtung deutet. Eine Prognose dazu abzugeben sei aktuell unmöglich und hänge stark vom "Versorger" ab. Die CDU ist technikoffen und wird eine Entwicklung zu klimaneutralen Heizen unterstützen.

Die **SPD** unterstützt die Empfehlungen und möchte deren Umsetzung aktiv fördern - etwa durch Beratung, Zuschüsse und Kooperation mit Handwerksbetrieben. Hierbei ist ein Aufbau eines lokalen Kompetenznetzwerks und unbürokratische kommunale Förderung für die Branchen im Garten- und Landschaftsbau sowie im Bau- und Ausbauhandwerk angedacht.

Die **Grünen** weisen darauf hin, dass aus Gemeindesicht jeder Liegenschafts-eigentümer in eine kürzer- bis längerfristige Planung (je nach Zustand der Heizung) einsteigen muss. Parallel zum Anstieg der Wärmepumpenversorgung muss das Stromnetz beplant werden. PV-Strom für Mobilität und Wärme reichen im Winter nicht aus.

Die **BfB** unterstützen die Empfehlungen der kommunalen Wärmeplanung -beispielsweise Wärmepumpen bei geeigneten Gebäuden - und die Prüfung von Nahwärmenetzen.

Frage: Wie möchten Sie, jenseits von Bundesförderprogrammen, die Bürger*innen ermutigen, auf klimafreundliches Heizen umzusteigen?

Die **CDU** möchte lokal fördern, einfach machen, gemeinsam handeln und Erfolge sichtbar machen, so dass die Bereitschaft deutlich steigt, auch ohne große

Bundeszuschüsse. Wichtige Punkte können sind dabei lokale Beratungs- und Informationsangebote, Gemeinschafts- und Quartierslösungen, Vereinfachung und Abbau von Hürden und soziale Motivation durch Erfolge und Vorbilder.

Ein schlüssiges Konzept zur kommunalen Wärmeplanung ist für die **SPD** Voraussetzung und gleichzeitig Motivation für einen Umstieg auf CO₂ neutrales Heizen. Hier wären lokale Fördermittel, niedrigschwellige Beratung und Infoangebote, die den Einstieg erleichtern, eine sinnvolle Ergänzung für den Umstieg.

Die **Grünen** wollen verwaltungsseitige Infoveranstaltungen anregen. Sie hoffen, dass das Heizungsgesetz bestehen bleibt.

7. Wärmeversorgung

Die IG-Klima-Position:

Kürten hat lobenswerterweise frühzeitig eine kommunale Wärmeplanung erstellt. Deren Ergebnisse liegen vor. Das Gutachten empfiehlt für den überwiegenden Großteil der Gebäude Wärmepumpen. Andererseits ist absehbar, dass das Gasnetz mittel- bis langfristig abgeschaltet werden wird. Wasserstoff wird als wenig realistisch eingeschätzt, da es eine geringere Energiedichte hat als Erdgas und den Einbau vieler neuer H₂Ready-Gasheizungen benötigt. Es besteht also Handlungsbedarf in den Heizungskellern.

Was haben die Parteien im Hinblick auf das Thema Wärmeversorgung vor:

Frage: Wie positionieren Sie sich zu den Empfehlungen aus dem Gutachten?

Volt unterstützt die Empfehlungen des kommunalen Wärmeplans. Neben Bundesförderungen wollen sie lokale Anreize setzen und Beratungsangebote ausbauen.

Laut CDU hat das Gutachten auch erklärt, dass Kürten ein sehr neues Gasnetz hat, welches technisch in der Lage ist, schrittweise den Wasserstoffgehalt zu

erhöhen. Daher ist es nicht zwingend oder absehbar, ob der Versorger das Gasnetz abschalten oder umrüsten wird. Durch die Nähe zum H₂ Kernnetz sieht die CDU einen weiteren Vorteil, der in diese Richtung deutet. Eine Prognose dazu abzugeben sei aktuell unmöglich und hänge stark vom "Versorger" ab. Die CDU ist technikoffen und wird eine Entwicklung zu klimaneutralen Heizen unterstützen.

Die **SPD** unterstützt die Empfehlungen und möchte deren Umsetzung aktiv fördern - etwa durch Beratung, Zuschüsse und Kooperation mit Handwerksbetrieben. Hierbei ist ein Aufbau eines lokalen Kompetenznetzwerks und unbürokratische kommunale Förderung für die Branchen im Garten- und Landschaftsbau sowie im Bau- und Ausbauhandwerk angedacht.

Die **Grünen** weisen darauf hin, dass aus Gemeindesicht jeder Liegenschafts-eigentümer in eine kürzer- bis längerfristige Planung (je nach Zustand der Heizung) einsteigen muss. Parallel zum Anstieg der Wärmepumpenversorgung muss das Stromnetz geplant werden. PV-Strom für Mobilität und Wärme reichen im Winter nicht aus.

Die **BfB** unterstützen die Empfehlungen der kommunalen Wärmeplanung -beispielsweise Wärmepumpen bei geeigneten Gebäuden - und die Prüfung von Nahwärmenetzen.

Frage: Wie möchten Sie, jenseits von Bundesförderprogrammen, die Bürger*innen ermutigen, auf klimafreundliches Heizen umzusteigen?

Die **CDU** möchte lokal fördern, einfach machen, gemeinsam handeln und Erfolge sichtbar machen, so dass die Bereitschaft deutlich steigt, auch ohne große

Bundeszuschüsse. Wichtige Punkte können sind dabei lokale Beratungs- und Informationsangebote, Gemeinschafts- und Quartierslösungen, Vereinfachung und Abbau von Hürden und soziale Motivation durch Erfolge und Vorbilder.

Ein schlüssiges Konzept zur kommunalen Wärmeplanung ist für die **SPD** Voraussetzung und gleichzeitig Motivation für einen Umstieg auf CO₂ neutrales Heizen. Hier wären lokale Fördermittel, niedrigschwellige Beratung und Infoangebote, die den Einstieg erleichtern, eine sinnvolle Ergänzung für den Umstieg.

Die **Grünen** wollen verwaltungsseitige Infoveranstaltungen anregen. Sie hoffen, dass das Heizungsgesetz bestehen bleibt.

8. Biodiversität

Die IG-Klima-Position:

Nutzungsintensivierung, der Einsatz von Pestiziden, Überdüngung und verarmte Fruchtfolgen sowie der Flächenverlust haben in den letzten Jahrzehnten zu einem massiven Verlust von Artenvielfalt und Lebensräumen im ländlichen Raum geführt.

Wie stehen die Parteien zum Schutz der Biodiversität:

Die **SPD** sieht den Artenschutz als ein ernstes und drängendes Problem an.

Für die **Grünen** ist es Fünf vor Zwölf, der Artenschwund und das Erreichen von zu befürchtenden Kipppunkten sollte uns eigentlich nicht mehr schlafen lassen.

Die **BfB** erkennt den Verlust der Artenvielfalt als drängendes Thema an.

Volt ist derselben Ansicht.

Die **CDU** erkennt im Grundsatzprogramm 2024 den Artenschwund (Biodiversitäts-verlust) ausdrücklich als ernstes Problem an und stellt den Schutz der biologischen Vielfalt als Teil ihrer Umwelt- und Klimapolitik dar.

Frage: Hat Ihre Partei konkrete Pläne, um die Pflanzen- und Artenvielfalt in Kürten zu stärken oder wiederherzustellen? Welche sind das?

Die **Grünen** sehen für Kürten vielfältige, kleine Maßnahmen an Straßenrändern, auf Friedhöfen, auf Dorfplätzen. Schon jetzt wird hier z.B. später und seltener gemäht. Steingärten sind inzwischen verboten. In der Vergangenheit haben die Grünen eine Infoveranstaltung zu naturnahen Gärten durchgeführt. Eine regelmäßige Info von Bürgerinnen und Bürgern durch die Verwaltung zu entsprechenden Themen soll beantragt werden. Eine großflächig biologische Landwirtschaft ist erwünscht, was aktuell von der Bundes- und Europapolitik und natürlich auch von den Entscheidungen von Verbraucherinnen und Verbrauchern abhängig ist.

Die **BfB** möchten dem mit der Schaffung von naturnahem Grün, Blühstreifen und die Pflanzung heimische Gehölze auf gemeindeeigenen Flächen begegnen, damit Flora und Fauna in Kürten wieder gedeihen kann.

Volt setzt auf pestizidfreie kommunale Flächen, Blühwiesen, Heckenpflanzungen, Biotopvernetzung und Kooperationen mit Landwirt*innen für biodiversitätsfreundliche Bewirtschaftung.

Die **CDU** merkt an, dass Kürten viel Landwirtschaft, Wälder und mehrere Naturschutzgebiete hat, gute Ausgangspunkte, um Pflanzen- und Artenvielfalt gezielt zu stärken. Alle möglichen Maßnahmen werden benannt: Naturschutzgebiete pflegen und vernetzen, um bestehende Schutzzonen wirksam und stabil zu halten, artenreiche Landwirtschaft fördern, z.B. mit der Landwirtschaft als Partner des Artenschutzes. Wald und Gewässer sollen geschützt, z.B. durch Aufforstung mit klimastabilen Mischwäldern. Zudem sollen Bürger und Schulen eingebunden werden, z.B. durch Projekte wie Müllsammeltage oder Wettbewerbe. Förderprogramme und Kooperationen sollen genutzt werden, z.B. Landesmittel.

Die **SPD** möchte Möglichkeiten umsetzen in Initiativen wie Anlegen von Blühflächen, naturorientierte Pflege öffentlicher Flächen, Förderung naturnaher Gartengestaltung und Reduktion von Pestiziden.

9. Vermüllung

Die IG-Klima-Position:

Leider ist unsere im Grünen gelegene Gemeinde geplagt von wildem Müll an mehreren Hotspots. Auch auf und an unseren Straßen und Wegen liegt eine Menge Müll. Der Karlheinz-Stockhausen-Platz, der eigentlich die „Visitenkarte“ unserer Gemeinde sein sollte, ist leider auch immer durch Kippen und achtlos weggeworfene

Verpackungen „verunziert“. In den politischen Gremien haben wir bislang eine eher resignative Haltung zu diesem Thema wahrgenommen, die uns als Bürgerinnen und Bürger sehr betrübt.

Stellungnahme der Parteien zu dem Thema:

Frage: Was will Ihre Partei zur Bekämpfung dieses Phänomens konkret unternehmen?

Die **BfB** merken an, dass wilder Müll wie überall, auch in Kürten ein Problem ist. Wenn sie eine konkrete Idee hätten wie die Menschen in Kürten zu einer Verhaltensänderung bewegt werden könnten, dann wären sie das schon längst angegangen. Die BfB Kürten setzt sich seit Jahren und tagtäglich ehrenamtlich in der Freizeit für ein Gedeihen der schönen ländlichen Kommune ein. Es erzeugt großen Frust, dass nicht jeder selbst bei sich anfängt für ein lebenswertes Miteinander und eine sichere Zukunft zu sorgen. Das Engagement der IG Klima Kürten wird ausdrücklich unterstützt. Mit der geförderten Umgestaltung des Karlheinz-Stockhausen-Platzes entstehen neue Möglichkeiten, diesen zentralen Ort sauber und einladend zu gestalten. Wir laden Bürgerinnen und Bürger ein, uns ihre Ideen für ein sauberes Kürten mitzuteilen.

Volt setzt zur Bekämpfung von „Littering“ auf mehr Mülleimer an Hotspots, kommunale „Cleanup Days“, konsequente Sanktionierung illegaler Entsorgung sowie Bildungskampagnen.

Für die **CDU** sind Kontrollen, Bußgelder, Infrastruktur und Mitmach-Aktionen, am besten in Kombination, am Wirksamsten. In vielen Gemeinden funktioniert das am besten, wenn Ordnungsamt und Bürgerengagement Hand in Hand arbeiten. Wichtige

Punkte können dabeisein: Klare Regeln und Kontrollen, Infrastruktur verbessern, konsequente Ahndung, Prävention und Bewusstsein schaffen, Sauberkeit sichtbar machen.

Aus Sicht der **SPD** ist die Vermüllung weitgehend Folge individuellen Fehlverhaltens. Angestrebt werden folgende Lösungen an: regelmäßige Reinigungsaktionen und zusätzliche Mülleimer an Hotspots, die Gemeinde sollte für zuverlässige Leerungen sorgen, sodass mit überlaufenden Müllbehältern nicht der Vermüllung Vorschub geleistet wird. Die Gemeinde sollte in unseren Schulen über Vermüllung informieren, um Kinder und Jugendliche für das Problem zu sensibilisieren.

Für die **Grünen** besteht das Problem, seitdem es Verpackungen und Zigaretten gibt. Ein entsprechendes rücksichtsvolles Verhalten wird in der Regel im Elternhaus und in der Schule vermittelt. Die Grünen ärgern sich über unsägliche Müllablagen an Glas- und Textilcontainern und fragen sich natürlich auch wieviele andere Bürgerinnen und Bürger: Wer macht so etwas? Besonders ärgerlich, ist die Müllhalde an den Glascontainern etc. auf dem Schulweg zum Sportplatz und zur Gesamtschule. Hier können vorbei gehende Kinder und Jugendliche nichts Positives lernen. Eine Umplanung ist erforderlich. Hierzu gab es schon etliche Anfragen seitens der Politik in den Ausschüssen. Hier muss Verwaltung schneller funktionieren. An vielen Stellen muss regelmäßig gemeindeseitig aufgeräumt werden, damit nicht noch Müll „obendrauf geschmissen“ wird. Da die soziale Kontrolle nicht zu wirken scheint, bleiben Gänge des Ordnungsamtes oder Mülldetektive. Es ist zu beobachten, dass einige Ortschaften weniger betroffen sind als andere. Kann man von denen lernen?

Uffff.....

wie gesagt:

Kommunalpolitik ist komplex, es warten viele Aufgaben auf die Politik.

Wir werden die Prozesse konstruktiv-kritisch begleiten und beobachten und wünschen allen ein gute Wahl!

Mit allerbesten klimafreundlichen Grüßen,

Patrick Walraf (Sprecher IG Klima Kürten)